

Bekanntgaben
 nehmen an alle Vollstrecken und Buch-
 handlungen des J. u. Auslandes.

Billal-Opublikationen.
 Rev. Port: 501, -bema, Genoffen-
 schaftsbuchdruckerei, 184 Eldridge Str.
 Philadelphia: 5. Jah, 630 North
 3rd Street.
 J. Roll, 1129 Charlotte Str.
 Hoboken N. J.: G. A. Serge, 215 Wash-
 ington Str.
 Chicago: K. Banfermann, 74 Clybourne Ave.
 San Francisco: F. Aug, 418 O'Farrell Str.
 London W.: G. Demar, 8 New Str.
 Golden Square.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Pr. 64.

Sonntag, 3. Juni.

1877.

Nothstandsjesuitismus.

Der gegenwärtige Nothstand bringt die eigenthümlichsten Anschauungen hervor.

Während — und mit Recht — ein großer Theil der Bevölkerung die Staatshilfe verlangt, wenn auch im gegebenen Moment nur in beschränkter Form, so erheben sich die meisten Stimmen für die Privatwohltätigkeit.

Wir sind weit entfernt, der Wohlthätigkeit Schranken setzen zu wollen; wir finden es nicht mehr als billig, wenn diejenigen Leute, welche durch die Arbeitskraft des nothleidenden Volkes zu Ansehen und Vermögen gekommen sind, von diesem Vermögen wieder abgeben — sie thun ja einfach nur ihre Pflicht. Ob die Arbeitskraft von den Vorfahren benutzt und das Resultat der Arbeitskraft vererbt worden ist, oder ob dieselbe von den gegenwärtigen Besitzenden selbst ausgenutzt worden ist, das thut nichts zur Sache.

Wenn wir also die Privatwohltätigkeit nicht bekämpfen, so wenden wir uns aber mit aller Energie gegen die Motive, welche ihr vielfach untergeschoben, und gegen die Folgen, welche ihr beigelegt worden.

So lesen wir in mehreren liberalen Blättern folgenden höchst bezeichnenden Satz:

„Die Privatwohltätigkeit ist es, welche die Menschen haben und drüben, die Gebenden und Empfangenden, erhebt und veredelt, sie einander nahe bringt, die Gegensätze zu vermitteln und zu versöhnen im Stande ist.“

In diesem Satze liegt der ganze Jesuitismus der literarischen Vertreter der herrschenden Klasse.

Sie wissen, daß auf die Dauer die proletarische Bewegung mit Gewalt nicht aufzuhalten ist, sie wissen, daß die eisernen Ketten verrotten und leicht zerbrochen werden; sie wissen aber auch ferner, daß ihre „Wissenschaft“ nicht im Stande ist, die wissenschaftliche Grundlage des Sozialismus nur in etwas zu erschüttern, deshalb greifen sie zu dem „rosenfarbenen Bande“ der Privatwohltätigkeit, um das Volk zu fesseln, um es in immer größere Abhängigkeit noch zu bringen.

Allerdings ist ein solches Beginnen sehr ungefährlich, denn es hat seinen größten Gegner in dem Egoismus, welcher in den Reichen der Besitzenden so übermächtig ist, daß von demselben eine anhaltende und auch nur annähernd ausreichende Privatwohltätigkeit zur Vinderung des Elends immer recht rasch erstirbt wird.

Trotzdem also die Ungefährlichkeit der „rosenfarbenen Bande“ feststeht, muß man die oben angeführten Motive zur Privatwohltätigkeit an den Pranger stellen, damit das Volk sieht, was es vielfach von seinen „Wohltätern“ zu halten hat.

Die Gebenden, die ohne Nebenabsicht Gebenden, können „erhoben und veredelt“ werden — wir gestehen dies zu —, die größere Anzahl der Gebenden aber hat Nebenabsichten. Der Eine will im Hülfscomité den Vorsitz führen, der Andere will in den öffentlichen Blättern genannt sein aus Eitelkeit, Viele aber wollen öffentlich genannt sein als „Wohltäter“, um sich einen guten Namen zu erwerben und unter dem Deckmantel desselben das Volk besser ausbeuten zu können. Dr. Stroussberg zum Beispiel „verübte“ jedes Jahr öffentliche Wohlthaten, wurde als Wohlthäter gepriesen und konnte deshalb leicht die leichtgläubigen Menschen täuschen und ihnen gemüthlich das Fell über die Ohren ziehen.

Was aber die Motive der „rosenfarbenen Bande“ bei seiner Wohlthätigkeit leiten, wie es augenscheinlich bei den Anpreisern dieser Wohlthätigkeit in der Presse geschieht, der geht von reaktionären, egoistischen und volkshemmlichen Prinzipien aus und dessen Wohlthätigkeit ist die Wohlthätigkeit des Sklavenzüchters, welche die Gegensätze nicht versöhnt, sondern noch mehr scheidet. Also auch für die Gebenden wirkt so die Privatwohltätigkeit demoralisierend.

Daß aber die Empfangenden „erhoben und veredelt“ werden, das ist einfach Unsin. Im Gefühl der Schwäche, der Abhängigkeit liegt schon das Samenorn der Zwietsch, welches aufsteht und allzu leicht das Gebiert gegen den Gebenden. Ferner wird der Empfangende leicht zur Unselbstständigkeit gebracht und somit demoralisirt. Dies aber trägt nicht zur Verbesserung bei — die Klust spaltet sich immer weiter, und wenn kein Marcus Curtius erscheint, der in die gährende Klust hineinpringt, so geht die Menschheit in ihr zu Grunde.

Doch dieser Marcus Curtius ist vorhanden, er braucht nur veranlaßt zu werden, in die Klust zu springen.

Der Staat, die Gemeinamkeit, muß hineinpringen; nicht Privatbittelsuppen, nicht allerlei wohlfeile Wohlthaten dürfen entscheiden, so daß die Noth der Menschheit, die, wenn sie auch heute etwas dadurch gelindert würde, morgen wieder und immer wieder aufsteht, nein, das Recht, das Menschenrecht muß die Entscheidung herbeiführen.

Das Recht auf Arbeit, welches der heutige Staat schon zum großen Theil gewähren kann, das Recht der Arbeit, welches der sich mehr und mehr entwickelnde Gesellschaftsstaat feststellen wird, sie sind die einzigen Helfer in der Noth.

Lassen wir also der Privatwohltätigkeit ihren Lauf: möge sie lindern, wo sie es kann; aber legen wir ihr kein besonderes Gewicht bei, und bekämpfen wir alle unläuterer Motive, durch welche dieselbe oft genug in Scene gesetzt wird.

Wer der Noth, dem Elend, aber herzlich und radikal, wer derselben dauernd zu Leibe gehen will, der schlicke sich den erlösenden sozialistischen Ideen an, der trete mit uns ein für die Rechte aller Menschen; dann kommt bald die Zeit, daß der eine Mensch nicht mehr von der Gnade des andern abhängig sein wird.

„Karl Marx: Das ‚Kapital‘ und der heutige Sozialismus.“

Der Verfasser der oben genannten Schrift, Herr Dr. Georg R. Calberla, die sich dem Publikum als „Sozialwissenschaftliches, 1. Heft“ vorstellt, erkennt an, daß der Sozialismus nicht mit Flintenugeln, staatsanwaltschaftlichen oder polizeilichen Verfolgungen bekämpft werden könne; es müsse vor allen Dingen eine wissenschaftliche Widerlegung seiner Fundamentalsätze geführt werden, weil die Sozialisten an diesen Sätzen wie an kirchlichen Dogmen blindgläubig festhielten. Die wissenschaftliche Widerlegung verpricht der Verfasser zu bringen.

Die Einleitung zu dem eigentlichen Inhalt, einer total mißglückten Entgegnung gegen einzelne der im Marx'schen Werke niedergelegten Grundgedanken, ist so klar, unparteiisch und sachlich gehalten, daß wohl jeder Leser mit erhöhtem Interesse dieser beabsichtigten Widerlegung entgegensteht; um so größer ist dann die Enttäuschung, wenn man statt irgendwelcher sachlichen Einwände und logischer Schlüsse nur einen Wust von Sophistereien, Widersprüchen und Verdrehungen vorfindet, und wenn der Herr Verfasser schließlich gar meint, damit „den sozialistischen Wahn gründlich zerstört zu haben“!

Man müßte ein dickes Buch in der Weise des Vastiat-Schulze schreiben, wollte man Herrn Dr. Calberla Punkt für Punkt auf seine Ausführungen antworten; die Reproduktion einzelner Stellen wird den Lesern schon genügend zeigen, mit welchen Waffen und mit welcher Logik die Marx'schen Sätze bekämpft werden.

„Der Vortheil beim Tausch ist offenbar der, daß für jeden der beiden Tauschenden der Gebrauchswert der einzutauschenden Waare höher ist, als der Gebrauchswert der in den Tausch zu gebenden Waare, oder — daß für jeden der Tauschenden der Gebrauchswert der einzutauschenden Waare höher ist als der (Gebrauchswert) der gegen sie zu vertauschenden Waare, oder als ihres Eintausches Werth, als ihr Tauschwerth.“

Ein! Zwei! Drei!
 Geschwindigkeit ist keine Feigheit!

Gebrauchswert, Werth der zu vertauschenden Waare, Werth der einzutauschenden Waare, des Eintausches Werth, Tauschwerth. Alles dasselbe, besonders wenn der Leser nicht dabei denkt; dann ist Tauschwerth = Gebrauchswert und nun läßt sich Alles, was auf den Gebrauchswert paßt, auch vom Tauschwerth behaupten!

Mit diesem Taschenspielerkunststück, welches das Wort Tauschwerth plötzlich für Gebrauchswert setzt, will Herr Dr. Calberla beweisen, daß beim Tausch beide Theile größeren Tauschwerth bekommen, als sie fortgeben! In einer besondern Anmerkung heißt es dann weiter:

„Die Marx'sche Mehrwerthstheorie würde allerdings sehr modifizirt, wenn Herr Marx sich der nicht zu leugnenden Thatsache erschließen wollte, daß beim freien Tausch stets eine Werthsteigerung beider Waaren stattfinden muß. Denn der Werth ist schlechterdings nichts den Waaren an sich Cohärentes, sondern er besteht und beruht und schwankt nur in ihren Beziehungen zu den verschiedenen Bedürfnissen verschiedener Menschen. Eine Schiffsladung Guano von hohem Werth für die deutsche Landschaft wäre werthlos für die Zukassern. Marx selbst glaubt nicht so streng an das: Gleiches gegen Gleiches beim Tausche, an die Substanz des Werthes; wenigstens äußert er: Alle Waaren sind Nichtgebrauchswerthe (also gar nichts, werthlos??) für ihre Besitzer, Gebrauchswerthe für ihre Besitzer u. s. w.“

Gilt es als wissenschaftlicher Beweis, wenn man eine Behauptung aufstellt, sie als eine nicht zu leugnende Thatsache bezeichnet und dann vom Gegner verlangt, er solle sich doch dieser Thatsache erschließen — dann freilich hat Herr Dr. Calberla Marx in allen Stücken widerlegt. Wissenschaftliche Beweise müssen sich auf Gründe, auf logische Schlussfolgerungen stützen; möge Herr Calberla die so klare Auseinandersetzung (Marx 1. Ausgabe S. 120—126) widerlegen, aber nicht von nicht zu leugnenden Thatsachen reden!

Was soll man aber dazu sagen, daß Herr Calberla bei dem Citat aus Marx hinter das Wort: Nichtgebrauchswerthe — die Frage einschleibt: also gar nichts, werthlos?? Hat er denn gar keine Ahnung davon, daß z. B. alle Kanonen, die Herr Krupp fabrizirt, alle Lokomotiven, die Herr Borsig baut, für die Herren nur darum einen Werth haben, weil sie dieselben verkaufen, Geld dafür eintauschen können; daß aber weder Krupp noch Borsig von ihren Kanonen und Lokomotiven als Gebrauchswerthen einen Gebrauch machen können? Hat er gar keine Ahnung davon, daß heute Jeder nur für den Markt produzirt, also nur Gebrauchswerthe für Andere, d. h. Waare, herstellt?

Von dem Allen hat der Herr keine Vorstellung, denn er sieht in dem einfachen Umformungsprozeß eines Gebrauchswerthes die Ursache, aus welcher das Ding zur „Waare“ wird.

„Der Arbeitsvorgang erscheint als eine Veränderung an oder mit dem Arbeitsobjekt, einem gebrauchswerthigen Ding. Diese Veränderung wird durch Umgestaltung desselben oder durch seine räumliche Versetzung eine neue Eigenschaft jenes Dinges. Es selbst wird zur Waare.“

Wenn also die Waschfrau dem Herrn Doktor die Strämpfe ausgewaschen und gestopft hat, haben diese Strämpfe, das Arbeitsobjekt der Waschfrau, nicht bloß eine neue Eigenschaft bekommen, sie sind rein statt schmutzig, gestopft statt zerissen, nein,

sie sind auch plötzlich — wenigstens nach Ansicht des Herrn Dr. Calberla — zu Waare geworden!

Aber die Bäume im Walde, welche vom Waldbesitzer an den Holzhändler, oder das Obst in den Alleen, welches von den Besitzern an die Obsthändler verkauft wird, sind nach Ansicht des Herrn Dr. Calberla nicht Waare, denn es hat ja weder am Holz noch am Obst eine Umgestaltung oder eine räumliche Versetzung stattgefunden. Und das nennt man wissenschaftliche Deduktion!

Herr Dr. Calberla bestreitet natürlich auch die Richtigkeit der Marx'schen Werththeorie, aber nicht etwa nur aus den von Schaffle und Anderen angeführten Gründen, er will auch etwas Besonderes einzuwenden haben und behauptet deshalb, es gäbe keine allgemein menschliche Durchschnittsarbeit, es lasse sich ein derartiger Durchschnitt nicht feststellen oder messen, und deshalb sei die ganze Werththeorie ein Un Ding.

Dabei begeht der Herr aber eine bisher wohl nur selten vorgekommene und daher nicht scharf genug zu tadelnde Ungehörigkeit, indem er den Schein erweckt, als gerathe Marx fortwährend mit seinen eigenen Deduktionen in Widerspruch.

Marx erkennt bekanntlich den Werth aus der zur Herstellung der Waare gesellschaftlich notwendigen allgemein menschlichen Arbeit, gemessen nach Zeit, also aus der Durchschnittsarbeit. Er hebt dabei aber gleich auf den ersten Seiten seines Werkes, S. 4, besonders hervor: Die Maßeinheit der Arbeit selbst ist die einfache Durchschnittsarbeit, deren Charakter zwar in verschiedenen Ländern und Culturepochen wechselt, aber in einer vorhandenen Gesellschaft gegeben ist. Complicirtere Arbeit gilt nur als potenzierte oder vielmehr als multiplizierte einfache Arbeit, so daß z. B. ein kleineres Quantum complicirter Arbeit gleich einem größeren Quantum einfacher Arbeit. Wie diese Reduktion geregelt wird, ist hier gleichgültig. Daß sie beständig vorgeht, zeigt die Erfahrung.

Marx constatirt also ausdrücklich, daß der Begriff „allgemein menschliche Arbeit“ nichts Festes, Bestimmtes, Greifbares, sondern etwas Wechselndes, durch jede Veränderung in der Produktivität der Arbeit Mitveränderbares sei.

Dagegen schreibt nun Herr Calberla ganz unberufen:

„Wenn gesellschaftliche Durchschnitts-Arbeitskraft nicht als etwas Festes, Bestimmtes, Greifbares existirt, kann die verschiedenartige individuelle Arbeitskraft selbstverständlich nicht auf dieselbe reduziert werden; und die Zeitdauer der gesellschaftlichen Durchschnittsarbeit wäre ein Un Ding. Wir haben diese Voraussetzungen (sic!) zu prüfen und sofern sie den wirklichen Verhältnissen nicht entsprechen, ist das Resultat der an sich geschlossenen Marx'schen Argumentation über die Werthsubstanz und über die Werthmessung unhaltbar. Denn diese Argumentation ruht auf der Voraussetzung der Existenz einer gesellschaftlichen Durchschnitts-Arbeitskraft, als etwas Bestimmtes, Greifbares, Festes, und würde auch mit ihr fallen. Schon unter dieser Annahme wäre die fundamentale Widerständigkeit des Sozialismus heutigen Receptes erwiesen.“

Hier wird also das direkteste Gegentheil von dem, was Marx gesagt hat, als eine Marx'sche Voraussetzung hingestellt. Und nun setzt sich der Autor auf das hohe Pferd und schreibt S. 39:

„Und davon (von der Veränderlichkeit und Verschiedenheit der durchschnittlichen Arbeitskraft) muß Marx, trotzdem er eine gesellschaftliche Durchschnittsarbeitskraft voraussetzt, selbst überzeugt sein, weil er schreibt, daß die einfache Durchschnittsarbeit selbst zwar in verschiedenen Ländern und Culturepochen ihren Charakter wechselte, aber in einer vorhandenen Gesellschaft gegeben sei.“

Und wenige Seiten weiter:

„Marx selbst muß eingesehen haben, daß die menschliche Arbeit, geleistet in einer Zeiteinheit, verschiedene Werthe schafft, schon weil sie verschieden ist und nicht gleich, unterschiedslos. Denn S. 19 lesen wir weiter: Complicirte Arbeit gilt nur als potenzierte oder vielmehr multiplizierte Arbeit, so daß ein kleineres Quantum complicirter Arbeit gleich einem größeren Quantum einfacher Arbeit. Man braucht in diesem Satze nur die Marx'sche Maßeinheit für die Arbeit, die Marx'sche Werthsubstanz und ihren Werthmesser, also die Arbeitszeit, an Stelle des Wortes Quantum einzuschalten, um zu sehen, wie widersinnig die Schätzung des durch die Arbeit geschaffenen Werthes nach der Dauer der letzteren ist. Denn jener Satz würde dann lauten: ... so daß eine kürzere Arbeitszeit (ein kleinerer Werth) complicirter Arbeit gleich einer größeren Arbeitszeit (einem größeren Werth) einfacher Arbeit ist.“

Erst schiebt Herr Calberla Marx eine Voraussetzung unter, die Marx gar nicht macht, und dann führt er Marx eigene Worte in's Feld, um die gefälschte Voraussetzung als nicht zutreffend zu bezeichnen und Marx als mit sich selbst in Widerspruch gerathen hinzustellen! Fair play, Sir! (Ehrlich Spiel!)

Nun sehe man sich aber den letzten Satz nochmals genau an. Es fehlt wirklich das in anständiger Gesellschaft mögliche, bezeichnende Wort für diese Sinnentstellung!

Jedes Kind kann es verstehen, wenn Marx behauptet: Gleiche Arbeitszeit einfacher Durchschnittsarbeit erzeugt gleich hohen Werth; längere Arbeitszeit dieser einfachen Durchschnittsarbeit erzeugt also mehr Werth als kürzere Arbeitszeit dieser einfachen Durchschnittsarbeit; da nun complicirte Arbeit wie multiplizierte einfache Arbeitszeit zu rechnen ist, so erzeugt kürzere Arbeitszeit complicirter Arbeit gleichgroßen Werth wie größere Arbeitszeit einfacher Arbeit.

Und daraus macht Herr Calberla den Satz: „Kleinerer Werth ist gleich größerem Werth“ und behauptet mit dreifacher Stirn, das gehe aus der Marx'schen Maßeinheit des Werthes hervor!

*) Sozialwissenschaftliches, Heft 1. Carl Marx: „Das Kapital und der heutige Sozialismus. Kritik einiger ihrer Fundamentalsätze“ von Dr. phil. Georg R. Calberla. Dresden, Schönsch's Buchhandlung.

Wie steht es denn aber mit der Richtigkeit der Galberla'schen Behauptung, daß die verschiedene individuelle Arbeitskraft überhaupt nicht auf durchschnittliche Arbeitskraft reduziert und nach Arbeitszeit gemessen werden könne, sobald die durchschnittliche Arbeitskraft nicht als etwas Festes, Bestimmtes, Greifbares existiere?

Die wissenschaftliche Statistik beschäftigt sich fast ausschließlich mit dem Aufsuchen von Durchschnittszahlen, deren Werth um so größer und um so sicherer anzuwenden ist, je mehr Einzelbeobachtungen das Material zu diesen Durchschnittswerten geliefert haben. Diese Durchschnitte sind auch nichts Festes, Bestimmtes, Greifbares, sondern nur etwas Abstraktes und Schwanfendes und trotzdem beruht z. B. die so mathematisch sichere Wahrscheinlichkeitsrechnung der Lebens-, Pensions- und Renten-Versicherung einzig und allein auf diesen Durchschnittszahlen.

In der Technik wird die gewaltigste, in den Dienst des Menschen genommene Naturkraft, die Dampfkraft noch heutigen Tages nach Pferdekraften gemessen und dabei angenommen, daß ein Pferd im Stande sei, eine Last von 33,000 Pfund in einer Minute einen Fuß hoch zu heben. Herr Dr. Galberla wird nun wohl wissen, daß Race, Größe, Futterzustand und Alter von Einfluß auf die Kraft eines Pferdes sind, daß also von einem Festen, Greifbaren, Meßbaren hier ebenso wenig die Rede sein kann, wie bei der Durchschnittsarbeit des Menschen. Aber noch ist es Niemanden eingefallen, die seit Einführung der Dampfmaschinen übliche Reduktion der Dampfkraft auf Pferdekraft als unmöglich oder unsinnig hinzustellen.

Vollzieht sich denn aber nicht auch die Reduktion der so verschiedenen menschlichen Arbeitskräfte auf einen gemeinsamen Maßstab täglich vor unseren Augen? Wird die höher qualifizierte Arbeit nicht durch höheren Lohn nur als eine Multiplikation einfacher Arbeit anerkannt? Gerade Herr Dr. Galberla, der einen Vortrag über „die Löhnung nach der Arbeitsleistung“ im Druck hat erscheinen lassen, wird doch nicht bestreiten können, daß z. B. der Lehrer seiner Söhne nicht nur höher qualifizierte Arbeit verrichtet, als sein Schweinehirt, sondern daß auch der Unterschied beider Arbeiten in dem dafür gezahlten Lohn anerkannt, daß der Werth der Lehrarbeit als multiplicirte einfache Arbeit durch die multiplicirte Lohnhöhe gekennzeichnet, die Lehrarbeit also thatsächlich auf einfache Arbeit, wie hier des Schweinehirten, reduziert ist.

So läßt sich an all und jedem Lohnverhältniß nachweisen, daß die Reduktion der verschiedenen menschlichen Arbeiten auf einfache Durchschnittsarbeit thatsächlich schon heute vor sich geht; und doch bestreitet Herr Galberla die Möglichkeit einer derartigen Reduktion, so lange die Durchschnittsarbeit nicht als etwas Bestimmtes, zu messen, sondern nur annähernd zu schätzen sei.

Dies unbegreifliche Verfahren findet nun seine Erklärung in der unwahren Behauptung, Marx habe die allgemeine menschliche Arbeit nur deshalb als Werthsubstanz hingestellt und nach ihrer Zeitdauer bemessen, weil er keinen andern Maßstab finden konnte und einen solchen in sein sozialistisches System zur Vertheilung des Sozial-Ertrages unbedingt brauche.

Die ganze weitläufige Deduktion hat also nur den Zweck, einen Vertheilungsmaßstab als unbrauchbar hinzustellen, den Herr Galberla Marx anzudichten versucht. Aber nirgends hat Marx die Arbeitszeit als Maßstab für die Vertheilung des Sozialertrages aufgestellt; im Gegentheil hat er ganz ausdrücklich hervorgehoben, daß der Maßstab der Vertheilung je nach dem Kulturzustande und anderen Verhältnissen wechseln werde und wechseln müsse.

Schad't nichts! Der Jude wird verbrannt!
Bei einem Gegner, der mit solchen Waffen kämpft und einen so bodenlos unwissenden Leserkreis voraussetzt, kann es nicht Wunder nehmen, daß er auch an plötzlichen Preissteigerungen eine Tauschwerthvermehrung nachzuweisen und damit die Marx'sche Werththeorie zu widerlegen versucht. Dazu wählt Herr Dr. Galberla das bei Fieberkranken so beliebte Medikament Chinin.

Nehmen wir den Artikel Chinin, ruft er pathetisch. „Seine Herstellungskosten sind stetig, wenn auch im Steigen, der quantitativen und qualitativen Verschlechterung des Rohmaterials wegen. Sein Sozialwerth aber schwankt herauf und herunter und würde auch im Sozialistenstaat schwanken, je nach der Dringlichkeit und je nach dem Umfange des Bedarfs nach Chinin. Im Jahre 1875—76 wurde Chinin durch Extrahbedarf für die holländische Armee in Atchin, für die englischen und russischen Regierungen und für die Fieberkranken in den zahlreichen Inundationsflächen Europas und Americas, ohne daß die Herstellungskosten, die in ihm kräfte Arbeit andere geworden seien, gesellschaftlich werthvoller und Chinin stieg daher im Preise. In noch ganz anderem Umfange treten aber Schwankungen des Chininpreises in Fiebergegenden selbst ein, wenn der Bedarf danach sich plötzlich ändert, ohne daß seine Herstellungskosten, sein Arbeitswerth ein anderer geworden ist. Hieraus geht hervor, daß der Sozialwerth, Tauschwerth nicht eine untrennbare Eigenschaft der Waare ist (ist er etwa eine trennbare Eigenschaft der Waare? Dem. v. Seyers), dergestalt, daß er sich nur verändern könnte in dem Maße, wie die zu ihrer Herstellung nöthige Menge Arbeit sich verändert.“

Der einfachste Arbeiter, der Lassalle's Bastiat-Schulze aufmerksam gelesen hat, wird Herrn Dr. Galberla das Beispiel von der winzigen Sessel in der belagerten Stadt vorführen und ihm sagen, daß in dem citirten Fall ein Monopolpreis bezahlt wird, der mit dem gewöhnlichen Preis beliebig vermehrter Waaren nichts zu thun hat, noch viel weniger aber mit dem Werthe.

Herr Galberla, der so vornehm auf Ricardo, Marx und ihre Jünger herabsieht, sollte nur erst Ricardo und Marx gründlich studiren und sich Mühe geben, sie zu verstehen, dann würde er finden, daß Ricardo wie Marx die von ihm als Regel hingestellten Ausnahmefälle in ihrer Werththeorie schon vorgehen und berücksichtigt haben.

Ricardo sagt ungefähr:
„Der Tauschwerth aller Güter wird bestimmt durch die Menge von Arbeit, welche nothwendig auf deren Hervorbringung von demjenigen verwendet wird, welche keine besondere Geschicklichkeit besitzen und mit der Hervorbringung derselben unter den ungünstigsten Umständen fortfahren. Man versteht unter diesen ungünstigsten Verhältnissen jene, unter welchen die nothwendige Menge der Erzeugnisse es gebietet, die Hervorbringungsarbeiten fortzusetzen.“

Also: unter welchen die nothwendige Menge der Erzeugnisse es gebietet, d. h. also: bei allen nicht beliebig vermehrbaren Gütern, wie bei den alleruntersten Lebensmitteln bestimmt der Gebrauchswert zwar nicht direkt die Höhe des Tauschwerthes, wohl aber indirekt, indem es von dem in der Gesellschaft bestehenden Bedarf abhängt, ob auch minder produktive Arbeit noch als Tauschwerth erzeugend angesehen werden muß. Bei allen beliebig vermehrbaren Gütern wird aber immer diejenige Arbeit den Werth bestimmen, welche bei der Gütererzeugung am produktivsten gewesen ist; bei all diesen Gütern wird, einzelne kurze Perioden abgerechnet, immer das Angebot schwerer in die Waage fallen, als die Nachfrage.

Also auch Ricardo hat in seiner, wenn auch noch mangelhaften Werththeorie dem Gebrauchswert gebührend Rechnung getragen.
Aber erst die Marx'sche Theorie, welche den Werth auf die „gesellschaftlich nothwendige Arbeit“ zurückführt, paßt für alle Verhältnisse; sowohl für die beliebig vermehrbaren Waaren, wie auf jeden, im Preise ausgedrückten imaginären Werth und auf alle nicht durch Arbeit vermehrbaren Güter, sobald man nur das Wort nothwendig in Bezug auf den Bedarf betont.
Es nimmt sich in der That wunderbarlich aus, daß ein Mann, der den Gebrauchswert nicht vom Tauschwerth, den Tauschwerth nicht vom Preis zu unterscheiden vermag, der glaubt, ein Ding werde deshalb zur Waare, weil es durch die Arbeit verändert oder von seiner Stelle gerückt worden sei, daß ein solcher Mann den Muth besitzt, einem Lassalle nachzusagen: „er habe jene Marx'schen Grundirrhümer über die gleiche, unterschiedlose Arbeit als Werthsubstanz mit einem kindlichen Fühlerglauben nachgehört, um die ihn die frömmsten Gläubigen irgend welcher Religion beneiden könnten.“

Mag Herr Dr. Galberla behaupten: „daß das Bewußtsein, das Rechte gewollt zu haben, tausendmal mehr werth ist, als das Beifallsloshen des großen, oder das Applaudissement des kleinen Hausens“ — was ja gewiß richtig ist — so muß er sich doch aber auch selbst sagen, daß es bei wissenschaftlichen Erörterungen nicht auf den guten Willen, sondern auf positives Wissen und vor Allem auf klares Denken ankommt und daß es nicht heißt, das Rechte wollen, wenn man dem Gegner Behauptungen in den Mund legt, die derselbe nicht aufgestellt hat.

Wenn Herr Dr. Galberla sachliche Einwendungen gegen die sozialistische Werththeorie erheben kann, werden dieselben ihrer sachlichen Widerlegung sicherlich nicht entgehen.

Sozialpolitische Uebersicht.

Die Folge der Türken im Kaukasus haben die Russen auf einmal zu der Ueberzeugung gebracht, daß es ein Frevel ist, die Unterthanen des Feindes zum Ungehorsam gegen den Souverän zu reizen und die Revolution zu entfesseln. Das Petersburger Cabinet hat eine Erklärung in diesem Sinne erlassen. Wenn die Russen Rumänien zum Abfall von der Pforte zwingen, Serbien, Montenegro, die Bewohner von Bosnien und der Herzegowina zum Aufstand treiben — ja Wauer, das ist ganz was anderes!

Auf dem asiatischen Kriegsschauplatz, in Armenien, scheint ein entscheidender Zusammenstoß bevorzustehen. Die Nachrichten, mit welchen wir überschüttet werden, sind zu unzweifelhaftig und widerspruchsvoll, als daß wir ein Bild der Situation entwerfen könnten.

Am der Donau hat die Hochfluth eine Pause in den militärischen Operationen nothwendig gemacht.

Der Rubel auf Reisen. Das polnische Blatt „Gazeta Narodowa“ bringt folgende interessante Mittheilung: „Um etliche Diplomaten und eine Anzahl von Zeitungen für werththätige Unterstützung der russischen Orientpolitik zu gewinnen, hat das Cabinet von Petersburg die Summe von 1,800,000 Rubel zur Disposition gestellt. Die zu bestechenden und bereits bestochenen Zeitungen theilen sich in drei Kategorien: 1. in solche, welche bedingungslos Alles schreiben müssen, worüber man sie instruiert; 2. in solche, auf deren politische Haltung man nur insoweit einen Einfluß übt, als man von ihnen eine spezifisch anti-türkische Sprache begehrt; 3. in solche endlich, denen man durch von den Botschaftern designirte Agenten einzelne Artikel zur Aufnahme zustellt. Am Besten wird selbstverständlich die erste Kategorie bezahlt. Die Anzahl der gewonnenen Blätter aller drei Kategorien beträgt: in Frankreich 16, in England 4, in Deutschland 28, in Böhmen 7, in Oesterreich 14. Auf Italien, Ungarn, Serbien, Rumänien kommen 18 Blätter; auf Polen 2. Im Ganzen also stehen bisher 89 Zeitungen im russischen Solde. 900,000 Rubel stehen außerdem noch für weitere Acquisitionen in Bereitschaft. Alles natürlich für Humanität und „christliche“ Zwecke!“

So weit das polnische Blatt. Im Wesentlichen sind die Mittheilungen gewiß richtig. Die Zahl der Blätter, bei denen „der Rubel auf Reisen“ Einkehr gehalten hat, ist aber jedenfalls viel zu niedrig angegeben. Wenigstens in Deutschland ist sie bei weitem höher. Oder sollte der „Rubel“ beim Gros unserer Kosadenblätter incognito einkehren — als heimlicher und patriotischer „Reptilienthaler“?

Fromme Wünsche. Durch gegnerische Blätter geht folgende Notiz:

Auf dem vorjährigen Gothaer Sozialisten-Congress war es bekanntlich der von den Herren Liebnicht und Bebel geleiteten (!) Fraktion der sozialdemokratischen Partei gelungen (!) sich das Uebergewicht (!) über den andern Flügel dieser Partei, der seinen Hauptstich in Berlin hat und hauptsächlich von den Herren Hasselmann und Hasenclaver repräsentirt wird, zu verschaffen und das wesentlichste Ergebnis dieses Erfolges war, daß der von Hasselmann redigirte Berliner „Sozialdemokrat“ einging und der Leipziger „Vorwärts“ unter dem neuen Titel „Vorwärts“ zum Central-Organ der deutschen Sozialdemokratie erklärt wurde. Die so mit großer Mühe hergestellte „Einigung“ scheint aber neuerdings wieder ein Loch bekommen zu haben, denn in der letzten Versammlung der Berliner Sozialisten, in der man die dortigen Delegirten zu dem demnächst stattfindenden Congress in Gotha wählte, sind Anträge gestellt und angenommen, bez. den Delegirten mitgegeben worden, welche ziemlich unverhüllt auf ein Misstrauensvotum gegen die Leitung des „Vorwärts“ hinauslaufen. Die Berliner Delegirten sind beauftragt worden, in Gotha dahin zu wirken, daß Artikel, wie der neuliche „Engels contra Dühring“, nicht mehr im „Vorwärts“ Aufnahme finden, und dann sollen sie ferner sich dafür bemühen, daß das Berliner Sozialistenblatt „Freie Presse“ mehr und mehr die Stellung eines leitenden Centralorgans innerhalb der deutschen sozialdemokratischen Partei erlange. Diese Stellung beansprucht jedoch auch der Leipziger „Vorwärts“ und es scheint demnach die alte Eifersucht zwischen den Berliner und den Leipziger Sozialisten nicht erloschen zu sein.

Nun, der diesjährige Gothaer Congress, der die vollständigste Harmonie zwischen „den Berliner und den Leipziger Sozialisten“ zu Tag treten ließ, wird den Verfasser obiger Notiz und die ihm verwandten Seelen eines Anderen belehrt haben. Die in der Berliner Versammlung gefassten Beschlüsse hatten durchaus keinen feindlichen Charakter gegen den „Vorwärts“, wie schon durch die eine Thatfache zur Genüge bewiesen wird, daß in dieser Versammlung einer der Redakteure des „Vorwärts“ mit an Stimmeinheitsigkeit grenzender Majorität zum Congress-Delegirten erwählt wurde. Niemand dachte daran, durch die „Berliner Freie Presse“ dem „Vorwärts“ Konkurrenz machen zu wollen — dem Congress sollte bloß die Verbreitung der „Berliner Freien Presse“ an's Herz gelegt werden, damit dieses Blatt sich allmählich zum politischen Hauptorgan (nicht Centralorgan) unserer Partei entwickeln könne. Der betr. Antrag war von Hasenclaver, einem der Redakteure des „Vorwärts“, gestellt! Was den anderen Beschlüssen angeht, so zielte er einfach darauf hin, daß längere wissenschaftliche Artikel, die bisher im „Vorwärts“ veröffentlicht werden mußten, weil kein anderes geeignetes Organ vorhanden, in Zukunft in einer neuzugründenden wissenschaftlichen Beilage des „Vorwärts“, oder selbstständigen „Revue“ veröffentlicht werden möchten. Eine Partei-

Prozeß Dieß-Daber.

Vor der dritten Kriminaldeputation des hiesigen Stadtgerichts fand am 26. Mai die Verhandlung gegen den Landrath a. D. Otto Karl Richard Heinrich von Dieß zu Daber wegen Beleidigung des Fürsten Bismarck statt. Den Vorsitz des Gerichtshofes führte der Stadtgerichtsrath Martius, als Beisitzer fungirten die Herren Stadtgerichtsrath Vertram und Gerichts-Assessor Dr. Ridel. Als Staatsanwalt fungirte Tessendorf, als Verteidiger des persönlich erschienenen Angeklagten der Rechtsanwalt Dr. Luensfeldt. Das Auditorium bestand fast ausschließlich aus Zeitungs-Reportern, auch das auswärtige Amt hatte drei Stenographen entsandt.

Die Anklage basiert auf der bekannten Broschüre des Angeklagten: „Der sittliche Boden im Staatsleben“ mit dem Motto: „Mit Gott und ritterlichen Waffen“, in welcher u. a. eine angebliche Aeußerung des verstorbenen Herrn v. Bedemeyer angeführt wurde. Die „Deutsche Reichsglocke“ übernahm die Stelle in einem Leitartikel „Ein industrieller Staatsmann“, setzte aber statt der Bezeichnung „M.“ den Namen Bismarck. Der Angeklagte soll gegen diese Substitution zwar protestirt, aber doch anderweit erzählt haben, daß Bismarck bei der Uebernahme der Aktien der Centralbodenkreditbank betheiligt sei. Außerdem registriert die Anklage noch mehrere andere Beleidigungen des Fürsten Reichskanzlers seitens des Angeklagten. So soll er dem Schriftsteller Dr. Rudolf Meyer im Topfer'schen Restaurant mitgetheilt haben, daß der Fürst trotz alledem an der Uebernahme der Aktien betheiligt sei, und ähnliche Bemerkungen soll er im Jüdischen Restaurant zu Joachim Schlessen gemacht haben. Ferner soll der Angeklagte dem Gutsbesitzer Hammerstein in Stargard gesprächsweise versichert haben, er besitze das Material zum Beweise, daß Fürst Bismarck von seinem Bankier Reichröder über eine Million Aktien erhalten und mit 20 Prozent Aufschlag verkauft habe, was er nicht für gentlemanlike (edelmännisch) halte. Das räumt der Angeklagte als richtig ein, will aber nicht den englischen Ausdruck gebraucht haben. Dem

Grafen v. Borde auf Cannenberg soll der Angeklagte ähnliche Bedenken gegen die Gründung der Centralbodenkreditbank mitgetheilt haben, und Ende Mai v. J. im Hotel de Prusse zu Stettin in großer Erregung sich über den Fürsten ausgesprochen und dabei u. a. geäußert haben: „Ich werde den Kaiser aus den Klauen dieses Mannes befreien.“ Diese Aeußerung bespricht der Angeklagte. Endlich soll der Angeklagte im Herbst v. J. auf einer Jagd in Kanitz geäußert haben: er besitze jetzt Beweismaterial genug, jetzt müsse er herantreten, der Fürst Bismarck müsse noch einmal so klein werden, daß er das Brod aus der Hand eines preussischen Junkers essen soll.“

Diese absolut unwahren Thatsachen — resumirte der Staatsanwalt die Anklage schließlich — enthalten schwere Beleidigungen des Fürsten Reichskanzlers in Bezug auf seinen Beruf, und seien geeignet, den Fürsten verächtlich zu machen. Alle die in früheren Prozessen vernommenen Personen nochmals zu vernehmen, sei wohl nicht nöthig; der Angeklagte habe den Beweis der Wahrheit für seine Behauptungen nicht erbracht, früher sei er auf den Staatssekretär v. Thile, v. Bedemeyer und v. Blandenburg zurückgegangen, später sich auch noch auf briefliche Mittheilungen von Blandenburg's bezogen, in denen jedoch nichts von „bedenklichen Gründungsgewinnen“ stehe. Der Angeklagte habe später noch behauptet, daß nach ihm von Herrn v. Savigny gemachten Mittheilungen bei dem Bankierhaus Karl Meyer v. Rothschild eine Million Aktien der Centralbodenkreditbank deponirt werden, von denen eine halbe Million für den Fürsten Bismarck reservirt sei. Rothschild habe dies jedoch eidlich bestritten. Aus allen diesen Vorgängen sei der Angeklagte demnach angeklagt, in sechs verschiedenen Fällen den Fürsten Bismarck durch Verbreitung unwahrer Thatsachen in Bezug auf seinen Beruf beleidigt und verächtlich gemacht zu haben.

In dem Inquisitorium glaubt der Angeklagte, daß durch sein ganzes offenes Verfahren von vornherein die Absicht ausgeschlossen sei, angriffsweise den Fürsten Reichskanzler zu beleidigen oder zu kränken; er hat oft genug mit dem Fürsten stundenlange Gespräche geführt und der Fürst ihm wiederholt gesagt: „Dieß,

wenn Sie mal etwas gegen mich haben, dann sprechen Sie es frank und frei aus!“ In diese Lage sei er gekommen, als er von zuverlässigen Leuten allerlei Gerüchte hörte, und nun habe er wiederholt ehrlich und offen den Fürsten um Aufklärung gebeten, allein der Reichskanzler sei ihm immer ausgewichen, selbst als er ihn dringend um eine Unterredung ersuchte und ihm dabei sagte: „Sie werden vielleicht künftig noch einmal sagen, der Dieß ist doch noch ein ehrlicher, biederer Mann gewesen.“ Durch dieses offene Verfahren, in freundschaftlichem Sinne unternommen, habe er den Fürsten nicht beleidigen wollen, auch habe der Fürst damals keinen Straf Antrag gegen ihn gestellt, und wenn in Privatgesprächen unter Freunden einzelnes gesagt worden sei, was jetzt als beleidigend aufgefaßt werden soll, so sei wohl Keiner von solchem Bergehen ganz frei. Er sei also nicht in beleidigender, sondern in wohlmeinender Absicht verfahren, wie zu dem Zwecke, den Reichskanzler zu warnen.

Der Staatsanwalt. Nach seinen amtlichen Instruktionen lägen die thatsächlichen Verhältnisse doch ganz anders, und behalte er sich vor, später darauf zurückzukommen.

Der Vorsitzende konstatiert, daß von den geladenen Zeugen nur der Redakteur Dr. Rudolf Meyer nicht erschienen ist. Es erfolgte sodann die Verlesung der Stelle aus der Broschüre „Der sittliche Boden im Staatsleben“, welche von der Beleidigung des „R.“ und des „Ungenannten“ bei der Gründung der Centralbodenkredit-Gesellschaft handelt und worin von Trinkschuld bezeugt wird. Der Angeklagte erklärte auf Befragen, daß unter dem „R.“ Dr. Riquel gemeint sei und dieser Name auch ursprünglich in den Aufzeichnungen v. Bedemeyer's gestanden habe.

Staatsanwalt. Es stehe wenigstens fest, daß der Angeklagte dem Meyer und dem Schlessen gegenüber sich dahin geäußert habe, daß unter dem „Ungenannt“ der Fürst Bismarck verstanden werden müsse.

Angeklagter. Die Broschüre habe allerdings die Tendenz gehabt, den Großgrundbesitz gegen das Großkapital zu schärfen; veranlaßt von Herrn v. Bedemeyer, habe er diesen Kampf gegen

conferenz, in welcher die Redaktion des „Vorwärts“ vertreten war, hatte schon 14 Tage vorher einen Beschluß in diesem Sinne gefaßt, und der Congreß hat bekanntlich seine Sanction erteilt.

Zur Frage der Untersuchungshaft. In Berlin wurde kürzlich ein 14jähriger Knabe aus 61tägiger Untersuchungshaft entlassen, da seine Unschuld constatirt wurde. — War der 14jährige Knabe fluchtverdächtig? Konnte durch ihn, den Unmündigen, der Thatsache verdunkelt worden, wenn er auf freiem Fuße blieb? Das Berliner Gericht wird die Antwort schuldig bleiben.

Zur Sittlichkeit der Liberalen. Gegen eine größere Anzahl Redakteure liberaler Zeitungen in Berlin ist die Untersuchung eingeleitet worden wegen Verbreitung unsittlicher Inserate. Ein Redaktionsmitglied der liberalen „Hamburger Reform“ wurde kürzlich wegen Verkaufs unsittlicher Schriften in Haft genommen. Derselbe war schon früher wegen solchen schmutzigen Handels bestraft worden, dennoch nahm ihn das liberale Blatt in die Redaktion. Nicht wahr, Herr v. Unruh, Sie liberaler Schächer, der Liberalismus ist der Beschützer der Heiligkeit der Ehe?

Die Harmonieflöte des Dr. Dirsch hat einen weiteren Riß bekommen; kaum, daß sein edler Compagnon Dunder in recht unharmonischer Weise vom Schauplatz der Öffentlichkeit verschwunden ist, so facht sich auch der Ortsverein der Berliner Maschinenbauer, dessen meiste Mitglieder im 6. Berliner Wahlkreis wohnen, vom braven Märchen los; das Centralratsmitglied Andrea ist ausgeschieden. So folgt Schlag auf Schlag — doch der eitle Marx tröstet sich, er hat ja einen Reichthumsgeist erjagt. Daß die Dirsch-Dunder'schen Gewerksvereine keine Zukunft hatten, war vorauszu sehen; wo sich die ganze Agitation um den materiellen Vortheil dreht, wo jede Begeisterung, jede höhere Anschauung fehlt, da kann eine Bewegung nicht aufblühen. Doch daß dies Alles so schnell kam, das hätten wir selbst kaum gedacht.

Ueber die Verhandlungen des schweizerischen Arbeitercongresses in Neuenburg ist noch nachzutragen, daß in Betreff des Fabrikgesetzes, gegen welches die Fabrikanten zur Zeit eine eifrige Agitation in Scene gesetzt haben, folgender Antrag Vogelzanger's einstimmig Annahme fand. „Der Congreß stimmt der Resolution der Züricher Arbeiterlandsgemeinde bei und erklärt es als hohe Pflicht der organisierten Arbeiter, den Nachschritten der Fabrikanten, die sich nicht schämen, bei der Nachschiffensammlung einen Druck auf ihre Arbeiter auszuüben, mit aller Kraft entgegenzuwirken. Die beiden Centralausschüsse des Arbeiterbundes und des Grütlvereins sind beauftragt, eine planmäßige Agitation einzuleiten, an allen geeigneten Orten Versammlungen zu veranstalten, die durch tüchtige Redner besetzt werden, und eine Flugchrift zur Aufklärung über das Fabrikgesetz gratis unter das Volk zu vertheilen. Seitens des schweizerischen Arbeiterbundes soll zur Deckung der Agitationskosten ein Extrabeitrag von 50 Cts. eingezogen werden. Gleichzeitig mit der Agitation für das Fabrikgesetz soll auch dahin agitiert werden, daß das Haftpflichtgesetz auch auf die Arbeiter außerhalb der geschlossenen Räume Anwendung finde.“

Der Congreß beschloß ferner, den allgemeinen Sozialistencongreß in Belgien durch einen Delegierten zu beschicken. Zum Delegierten wird Grelisch und im Verhinderungsfalle als Ersatzmann Joh. Phil. Beder gewählt.

Der Congreß schickte dem blämisch-belgischen Arbeitercongreß in Mecheln ein brüderliches Begrüßungs-Telegramm und erhielt eine ebenso brüderliche Antwort mit der Nachricht, daß die „Sozialistische Arbeiterpartei“ gestiftet sei. Außerdem erhielt der Congreß eine große Zahl von Telegrammen und Zuschriften von Arbeiterbundes- und Grütlvereins-Sektionen, von einer Typographia-Sektion (Biel) und von Privaten. Das Interesse am Congreß war ein wahrhaft allgemeines und der Verlauf des Congresses hat die Hoffnungen und Erwartungen aller Bestimmungsgenossen erfüllt.

Erklärung.

In dem Congreßbericht der Berliner „Volkszeitung“ heißt es: „Liebknecht erklärt — er (Liebknecht) habe gegen die Geburtsfeier Lassalle's im „Vorwärts“ gewirkt, weil es Lassalle's unwürdig sei, ihn bei jeder Gelegenheit zu feiern. Der „Vorwärts“ habe sich dies für den Todestag Lassalle's vorbehalten.“

Dazu bemerkt die Redaktion der „Berliner Volkszeitung“ in einer Klammernotiz: „(Hafenlever und Liebknecht sind die Redakteure des „Vorwärts.“ Aus der Erklärung L.'s geht nun deutlich genug hervor, daß Hafenlever die Lassalle-Feier nicht

„vergessen“, sondern daß Liebknecht ihm dieselbe gewissermaßen unterzagt hat. Die Red.)“

Ich habe nicht gesagt, daß ich gegen die Geburtsfeier Lassalle's im „Vorwärts“ gewirkt habe. Ich habe gesagt, daß ich keinen Artikel zur Feier des Geburtstags Lassalle's gebracht, weil ich dies aus den von mir entwickelten Gründen nicht für zweckmäßig gehalten habe.

Ich habe weiter gesagt, daß wenn Hafenlever, der damals abwesend war, einen derartigen Artikel geschickt hätte, dieser selbstverständlich aufgenommen worden wäre; und ich habe hinzugefügt, daß während unseres Zusammenwirkens in der Redaktion des „Vorwärts“ nie auch nur die leiseste Differenz zwischen Hafenlever und mir stattgefunden hat.

Ich bedauere, der Berliner „Volkszeitung“, der in der Person ihres Patrons Dunder so schweres Leid widerfahren ist, eine harmlose Freude verderben zu müssen.

Leipzig, den 31. Mai 1877.

W. Liebknecht.

Congreß der Sozialdemokraten Deutschlands.

(Fortsetzung.)

Die Vormittags-sitzung vom 28. Mai wurde um 8 Uhr früh von Hafenlever mit verschiedenen geschäftlichen Mittheilungen eröffnet. Dieser Sitzung wohnte auch der bekannte Polizeidirektor von Leipzig, Herr Rüder, auf der Zuhörertribüne bei. Nach der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ beantragte Blas anlässlich dessen, „alle Nichtsozialisten vom Congreß auszuschließen“. Dem gegenüber beantragte Hafenlever: „alle freiwilligen, beziehentlich unfreiwilligen Agitatoren für die sozialistische Sache als willkommenen Gäste zu begrüßen“. (Große Heiterkeit.) Dieser letztere Antrag gelangte ohne jede weitere Debatte zur Annahme. — Herr Rüder reiste Mittags wieder von Gotha ab, er hatte seine agitatorische Thätigkeit für den Sozialismus vorläufig erfüllt.

Es wurde zunächst eine Organisationskommission gewählt, der der Gegenstand der Tagesordnung: „Die sozialistischen Organisationen in Deutschland“ zur Vorberathung überwiesen wurde. Gewählt wurden in dieselbe: Auer, Derossi, A. Kapell, Tölde, Fröhliche, Haffelmann und Kiefer.

Der Congreß trat dann in die Berathung derjenigen Anträge ein, welche sich auf die Agitation bezogen. Kapell und Hörig beantragten, daß alle derartigen Anträge dem Centralwahlcomité zur Berücksichtigung zu überweisen seien.

Es entspinnt sich eine lebhaftere Diskussion, bei welcher einerseits Redner verlangt werden, andererseits die Unmöglichkeit, solche in gewünschter Menge zu beschaffen, constatirt wird. So zahlreich die in den Reihen der Sozialdemokratie vorhandenen agitatorischen Kräfte sind, ebenso sehr sind dieselben beständig mit Arbeit überbürdet.

Ein Uebelstand ist es aber, daß man allenthalben sozialistische Reichstagsabgeordnete und sonstige „Zugereferenten“ verlangt, und daß die jüngeren Kräfte nicht genügende Verwendung finden. Die rapiden Fortschritte, welche die Sozialdemokratie in der jüngsten Zeit gemacht hat, und welche sie noch immer macht, fordern mit zwingender Nothwendigkeit, daß alle Kräfte in Aktion treten; das Staatmachen mit Reichstagsabgeordneten u. dgl. ist sogar prinzipiellwidrig und führt zum Personenkultus. Diese und ähnliche Gesichtspunkte werden von verschiedenen Rednern herausgeholt und sodann nach Ablehnung mehrerer Anforderungen dem Antrage Kapell und Hörig gemäß beschloßen.

Ferner wurde der Antrag angenommen, eine kleine Agitationschrift auszuarbeiten, welche besonders auf die Landbevölkerung berechnet sei; dieselbe muß in leichtfaßlicher Weise die Verhältnisse der Landbevölkerung behandeln.

Ohne Debatte wird der Vorschlag genehmigt: In Anbetracht der Maßregelungen des Fabrikanten Krupp in Essen, wodurch alle Agitation dorthin lahm gelegt ist, wird dem Centralwahlcomité anheimgegeben, 70 — 90 Mark pro Monat für eine Agitation in Essen aufzuwenden.

In der Nachmittags-sitzung desselben Tages, die um 5 Uhr eröffnet wurde, kam ein Antrag der Hamburger Genossen zur Verhandlung, daß die Redakteure des Centralorgans der deutschen Sozialdemokratie mit auswärtigen Agitationen nicht belastet werden mögen; ausgenommen sollten nur Wahlagitationen sein, bei welchen die betreffenden Redakteure als Candidaten figuriren. Hörig begründet diesen Antrag mit dem Hinweis auf die Thatsache, daß Jemand, der bald hier, bald dorthin reisen soll, nicht im Stande sein könne, ein Blatt gut zu redigiren.

Liebknecht und Hafenlever halten es für absolut nothwendig, daß die Redakteure der Parteiblätter von der Agitation so viel als möglich entlastet werden, da sie durch dieselbe geistig aufgerieben und leistungsunfähig gemacht werden. Der Antrag wird angenommen.

In der Töpfer'schen Restauration im Hinterzimmer geessen und im freundlichen Gespräche habe Meyer geäußert, er habe Briefe von Wedemeyer erhalten, wonach eine halbe Million Aktien bei der Gründung der Centralbodencredit-Gesellschaft für den Fürsten reservirt worden seien. Er habe darauf geantwortet, ihm seien aus anderer Quelle ähnliche Nachrichten zugegangen, bestreite aber, den Ausdruck „Trinkgelber“ gebraucht zu haben. Im übrigen sei ein so intimes Zwiesgespräch zwischen zwei Leuten im Hinterzimmer keine öffentliche Beleidigung, wie selbst das Obertribunal kürzlich einen Professor in Kiel, der in einem Auditorium einen Studenten beleidigte, wegen öffentlicher Beleidigung freigesprochen habe. Gehlsen habe ihn wiederholt aufgeklagt, einmal sei er auch mit ihm zusammengetroffen, und da habe Gehlsen von ihm direkt „Material“ gefordert, was er unter ausdrücklichem Tadel der Gehlsen'schen Tendenzen ablehnte. Er verwahre sich deshalb ganz entschieden dagegen, daß man diesen Mann gegen ihn in's Gesicht führe und ihn gleichsam als Mitredakteur und Mitagitator der „Deutschen Reichsglocke“ hinstelle. Die Märchen von dem angeblichen starken Verkehr zwischen ihm und Gehlsen seien direkte Lügen. Später hatte ihm Gehlsen mitgetheilt, daß „die Sachen“ wahr seien, der Geh. Rath Wagnere sei bei ihm gewesen und habe ihm für ferneres Schweigen 15,000 Thaler geboten. Angeklagter habe ihn aber abgewiesen.

Der Staatsanwalt spricht seine Verwunderung über diese Abweisung aus, da doch Briefe des Angeklagten in der Expedition der „Reichsglocke“ gefunden seien, in denen er sich stimmend zu der Haltung des Blattes ausspreche. Gleichzeitig müsse er auf das Gerücht zurückkommen, daß Gehlsen von dem Reichskanzler empfangen worden sei; er habe sich darüber informiert und könne erklären, daß Gehlsen zwar eine Audienz bei dem Kanzler nachsuchte, dieser aber anordnete, den Menschen ein für allemal von seiner Schwelle fernzuhalten.

(Fortsetzung folgt.)

Ein Antrag auf Herausgabe einer Broschüre über das Parteiprogramm findet seine Erledigung durch die Erklärung Liebknecht's, daß er demnächst eine entsprechende Arbeit liefern werde.

Mehrere Genossen wünschen die Colportage-Verhältnisse einheitlich geregelt zu sehen. Gegenwärtig gewähren die verschiedenen Buchhandlungen, welche sozialistische Schriften im Verlag haben, Prozente in ungleicher Höhe, so daß sie einander oft förmlich Konkurrenz machen.

Es wird betont, daß den Colporteurs ein nicht unbeträchtlicher Rabatt gewährt werden müsse, da sonst kein Mensch beim Broschürenvertrieb bestehen könne. Andererseits haben mehrere Redner hervor, daß die Preise der Agitationschriften sich ganz nach den Verhältnissen, unter welchen sie erscheinen, richten, und daß daher auch kein gleichmäßiger Rabatt gewährt werden könne. Durch Uebergang zur Tagesordnung wird auch dieser Antrag erledigt.

Mehrheitlich wird nun bemängelt, daß viele sozialistische Broschüren zu theuer verkauft werden, ja daß sogar einige Colporteurs sich Extrazuschläge erlauben. In letzterer Beziehung beantragt Radow, daß den Colporteurs ein derartiges Vorgehen verboten werden möge. Vebel u. A. beantragen, daß stets der Verkaufspreis auf den Umschlägen der betr. Broschüren vermerkt werden soll. Beide Anträge werden angenommen. (Schluß der Sitzung Abends 8 Uhr.)

In der nächsten Nummer bringen wir die Verhandlungen des letzten Tages. Wir wollen heute aber schon bemerken, daß der Congreß einen überaus günstigen Eindruck auf alle Teilnehmer gemacht hat. Geschloßen wurde derselbe Dienstag Nacht 1 Uhr mit einem Hoch auf die Sozialdemokraten aller Länder.

An den Congreß der Sozialdemokraten Deutschlands sind eine Anzahl Zuschriften von Sozialisten des Auslands eingelaufen, die wir hiermit veröffentlichen:

I.

Brüssel, den 26. Mai 1877.

Bürger und Freunde! Im Namen der Sozialisten Belgiens senden wir Euch unsern brüderlichen Gruß. Auch wir wollen, wie Ihr, den Kampf gegen die soziale Ungleichheit auf politischem und ökonomischem Gebiete aufnehmen. — Seit den letzten Congressen, die in Belgien von Arbeiter-Delegirten des ganzen Landes in Gent und Mecheln abgehalten wurden, sind wir mehr als je mit den Felsen und Auffassungen unserer deutschen Brüder einverstanden.

Nachdem wir viele Jahre hindurch uns der Beteiligung an politischen Fragen enthalten, haben wir jetzt fast einstimmig erkannt, daß wir damit nur unsern Gegnern in die Hände gearbeitet haben; heute sind wir entschlossen, denselben Weg zu verfolgen, wie Ihr, und wollen gleichfalls in die politische Arena herabsteigen. Nur ist das für uns schwieriger als für Euch, denn wir haben noch kein direktes allgemeines Wahlrecht. Aber gleichviel! Gerade die Erklämpfung des allgemeinen Stimmrechts soll der erste Schritt sein auf diesem neuen Wege, den wir betreten.

Schon hat sich in unserem gesetzgebenden Körper eine Stimme für die Proklamirung des allgemeinen Wahlrechts erhoben — die unseres Abgeordneten für Berg (Rons) Desuisseau.

Unser soeben in Brüssel von dem Kleinbürgertum — der Arbeiter ist in Belgien nicht wahlberechtigt — erwählter sozialistischer Deputirte Janson wird nicht zögern, sich diesen Forderungen anzuschließen, wenigstens hat er sich seinen Wählern gegenüber dazu verpflichtet. Aber nicht allein in Bezug auf den Weg, den wir zu verfolgen haben, sind wir mit Euch völlig einverstanden, auch unsere sozialen Ideale sind dieselben. Auch wir sind der Ansicht, daß zur Befreiung der Arbeit die Verwandlung der Arbeits-Instrumente, des Kapitals und des Grund und Bodens in Gesamt-Eigenthum der Gesellschaft absolut nöthig ist.

Um dahin zu gelangen, halten wir die Intervention des Staates, der die Gesamtheit vertritt, sowie der einzelnen Gewerke, dieser vernünftigen Organisation der Arbeiter, für notwendig. Während das arbeitende Volk aber seine ökonomische Organisation, seine Gewerkschaften entwickelt, kämpft er auch auf politischem Gebiete für eine Reform der Gesetze und für die Aufrichtung des Volksstaats — ein Ziel, das den Blämingen und Deutschen gleich theuer ist.

Eins mit Euch in unsern Ideen, unsern Zielen, wünschen wir Euch die besten Erfolge! — Muth, deutsche Brüder! Ganz Europa — nein die ganze civilisirte Welt blickt erwartungsvoll auf Euch, denn Eure Sache ist die des Proletariats der ganzen Welt, ist die der Menschheit! —

Im Auftrage der Brüsseler Gruppe der sozialdemokratischen Arbeiter-Partei Belgiens:

Die provisorischen Sekretaire:

Eugene Steens. Dr. De Paep.
(Rue Frère-Orbon.) (Rue Bieren 18.)

II.

Deutsche Brüder! Die Arbeiterkammer, in welcher sämtliche Arbeitervereine und Arbeiterorganisationen Brüssels vertreten sind, sendet den Delegirten des Gothaer Congresses ihre brüderlichen Grüße. Das alte Europa ist in Bewegung, die Bourgeoispartei wissen nicht mehr, wie sie die Blide des Volks von seinen wahren Zielen und auf sich selbst ziehen sollen. In diesem Augenblick befinden wir uns inmitten einer industriellen Krise, deren traurige Wirkungen sich in der ganzen Welt fühlbar machen.

Ein furchtbarer Krieg, dessen Folgen noch furchtbarer sein werden, hat soeben begonnen: wohin wir blicken herrscht Anarchie. Es sind das die traurigen Früchte des Bourgeois-Regiments, der schlechten Einrichtungen, unter denen wir leiden.

Deutsche Brüder! Die Aufgabe des Proletariats aller Länder ist eine große. Arbeiten wir fortwährend und unentwegt an der Verbreitung unserer Ideen! Durch den düstern Schleier, welcher den Horizont bedeckt, fällt schon ein Lichtstrahl hindurch, der mehr und mehr Helle verbreitet. Die alte Welt, in ihren Grundfesten erschüttert, muß bald in Trümmer zerfallen.

Deutsche Brüder! Mit immer wachsender Befriedigung sehen wir Euch am Werke, unsere Blide sind auf Euch gerichtet, wir sehen, wie Ihr trotz aller Verfolgungen nicht einen Moment aufhört, für das Wohl der Menschheit zu kämpfen.

Wir wünschen Eurem Congreß den besten Erfolg und senden Euch unsere brüderlichen Grüße.

Brüssel, 18. Mai 1877.

Für die Arbeiterkammer:

Louis Bertrand, Sekretair.

III.

Gent, 26. Mai 1877.

Werthe Parteigenossen! Die Deutschen Arbeiter senden Euch, Deutsche Brüder, im Congreß zu Gotha vereint, ihren Bruder-

gruß und hoffen, daß Eure Berathschaltungen für die sozialistische Idee vom besten Erfolg gekrönt sein werden. Zugleich berichten wir Euch, daß die „Bläuische sozialistische Arbeiterpartei“ Sonntag, den 20. Mai, in Mecheln gegründet worden ist, und daß die bläuischen Arbeiter, was möglich ist, thun werden, um sie kräftig und dauernd zu machen. Auch melden wir Euch, daß Sonntag, den 20. Mai, auf dem halbjährlichen Congress der belgischen internationalen Arbeiter zu Namur beschloffen wurde, einen allgemeinen sozialistischen Welt-Congress zu Gent abzuhalten. Wir hoffen, daß die deutsche Sozialdemokratie auf demselben in einer Weise vertreten sein wird, die ihrer Bedeutung entspricht. Die Gent'schen Sozialisten werden ihrerseits Alles thun, um den Abgeordneten der Männer, die mit uns leiden und kämpfen, einen würdigen Empfang zu bereiten. Das Circular, welches Ihr binnen wenigen Tagen erhalten werdet, wird Euch weiteren Aufschluß geben.

Abgeordnete des belgischen Arbeiter-Congress herrschen, auf daß er gute Früchte trägt.

In der Hoffnung, Viele von Euch im September in unserer Mitte zu sehen, rufen wir Euch ein herzliches Glück auf!

Im Namen der Gent'schen Abtheilung der Internationalen Arbeiter-Assoziation:
Edmond Vanbeveren. Edoard Anseele.

IV.

Genossen! Wir ergreifen die Gelegenheit, Euch im Namen der sozialistischen Partei Portugals zu dem schönen Ergebnis Eures letzten Wahlkampfes und der großartigen Entwicklung Eurer Partei zu beglückwünschen, welche ja auch die unsere, ja die aller Sozialisten der Welt ist. Obgleich die Arbeiter heute noch in dem Rahmen der Nationalität sich bewegen, so kennt doch ihr Denken, so kennt doch ihr Ziel keine Grenzen, ist überall dasselbe, — die Meinungsverschiedenheiten des Proletariats sind im Grunde nur einfache Formfragen, erzeugt durch die besondern sozialen Verhältnisse oder durch zufällige Persönlichkeiten. Die Hauptsache, Freunde! ist: daß das gesammte Proletariat, so weit seine Vernunft nicht gefesselt, die gleichen Bedürfnisse, die gleichen Bestrebungen hat. Gerade das ist uns der beste Beweis für den unaufhaltbaren Sieg unserer Sache. Setzen wir kühn und entschlossen den Kampf fort! Ihr marschirt an der Spitze der Armee der Ausgestoßenen, der Opfer der Gesellschaft. Also Muth!

Den 15. Mai 1877.

Der Centralrath der Sozialisten-Partei Portugals.

Im Namen und Auftrag des Ausschusses

Azede Gucco.

Agostinho Jose la Silva.

Antonio Joaquim de Oliveira.

Antonio Lucio Fazenda.

Aus Rumänien.

— 26. Mai 1877.

[Die Mission, die stammverwandten slavischen Brüder vom Türkenjoch zu erlösen, welche die vom „humanen“ Eifer befehligen Russen übernommen haben, scheint über Himmels Höhe zu sein, da er die ganze Zeit über Thränen weint und das ganze rumänische Operationsfeld durch fortwährenden Regen überfluthet; es regnet seit Wochen fast ununterbrochen, der Boden ist durchweicht, sodas jede Fortbewegung fast zur Unmöglichkeit geworden ist. Der Aufmarsch der russischen Armee verzögert sich dadurch ungemein. Die Bahn, an vielen Stellen unterbrochen, muß beständig frisch in Stand gesetzt werden, da jede Reparatur durch neue Ueberfluthungen zerstört wird. Die armen Soldaten sind daher meist nur auf Fuhrmärsche angewiesen, was bei der gegenwärtigen Beschaffenheit des Bodens nicht gerade angenehm sein muß. Die Leute sehen darum auch erbärmlich aus und ein großer Theil muß den Strapazen unterliegen.]

Bestern, als ich am Bahnhof war, fand ich einen Offizier am Perron der Länge nach hingestreckt sich vergänglich thun, das Publikum amüßte sich an dem Anblick dieses braven Mannes, dagegen schien der eben eintreffende General darüber wenig erbaut und beorderte 2 Mann, ihren Vorgesetzten aufzurichten und in eine Droschke zu bringen, um ihm ein passenderes Lager anzuweisen; der Offizier, damit nicht einverstanden, wollte durchaus seinen Platz behaupten und die dadurch entstandenen Differenzen gingen so sehr ungemächlich zu werden. — Solche Szenen gehören jetzt hier nicht mehr zu den Seltenheiten.

Inzwischen sucht Rumänien seinem moskowitischen Verbündeten nachzueifern und für das angehäufte Kriegsmaterial geeignete Verwahrung zu finden. Es hat sich von der Türkei für unabhängig erklärt, um als selbstständiger Staat mit seinem bisherigen Souverän anbinden zu können. Die Rumänen sind aber nichts weniger als kriegerisch, sie verhehlen sich nicht, daß es eine riskante Sache ist, mit Schießgewehren und dergleichen gefährlichen Dingen umzugehen; sie beschreiben sich möglichst, im Hintergrunde zu bleiben und den befreundeten Russen den Vorrang zu lassen. Die von der Regierung angeordnete Rekrutierung geht hier in der kürzesten und formlosesten Weise vor sich. Eine Commission, bestehend aus einigen Sergeanten und Communalbeamten, sucht die öffentlichen Straßen, Plätze, Gast- und Cafehauser ab und nimmt jeden ihr in den Weg kommenden Mann, der halbwegs militarfahig zu sein scheint, mit sich, um ihn der Armee einzureihen.

Da sich hier sehr viele Ausländer stabil aufhalten, haben die fremden Consuln beständig zu thun, die Angehörigen ihres Staates zu reklamiren, wer aber nicht das Glück hat, durch Protektion oder sonstige Verwendung sich von der rumänischen Militärbehörde frei zu machen, der wird eingekleidet und in die Kaserne expedirt. — In der Stadt sowohl wie auf dem Lande werden Requisitionen vorgenommen. Doch geschieht das hier zu Lande unregelmäßig, es herrscht dabei echt rumänische Willkür, und in der Regel wissen sich die Wohlhabenden von diesen Lasten zu befreien, theils durch Protektion, theils durch Privatabmachungen mit den amirenden Organen. So sehr das Land durch den Kriegszustand zu leiden hat, und so sehr jeder Einzelne direkt und indirekt in seinen Verhältnissen geschädigt ist, ist die Stimmung der Bevölkerung doch ähnlich normal, so weit man dies aus den sich regelmäßig wiederholenden Judenpragelungen schließen darf. Der Rumane kann es einmal nicht unterlassen, seine Tapferkeit an den wendigen Juden zu bewähren. Als Gegenleistung haben die Juden gegenwärtig einen Aufbruch erlassen, in welchem zur Beschaffung von Charpie für die „tapfere rumänische Armee“, „unseren braven Soldaten“, aufgefordert wird, und in welche jüdische Familie man heute auch kommt, findet man das schöne Geschlecht eifrigst Charpie auch.

Bis jetzt verlautet noch nichts von einer eigentlichen Action, der Aufmarsch und die Concentrirung geben noch viel zu schaffen und man glaubt, daß Ende nächster Woche, wenn der Czarg im Hauptquartier in Ploesti eingetroffen sein wird, der Uebergang über die Donau versucht werden wird; bei dem gegenwärtigen Wasserstand der Donau dürfte das keine leichte Aufgabe sein; man scheint sich darüber auch keiner Illusion hinzugeben. Sanitatswagen und Ambulancen mit dem rothen Kreuz werden massenhaft nach Galatz, Braila und Bularest expedirt. —

Correspondenzen.

Wien, 26. Mai. Wenn man stets dasselbe Thema berahrt, so wird das auf die Dauer langweilig, aber aus Oesterreich giebt's einmal nichts Anderes zu berichten, als über den Nothstand und die Verfolgungen der Partei. Unter den vielen Anzeichen des ersten mag nicht das Unwichtigste der Umstand sein, daß vom 1. Januar d. J. bis heute in ganz Wien 9 — je nach neun — Neubauten begonnen wurden! So oft ein Bau begonnen wird, umdrangen den Bauplatz Schaaren von Menschen, die sich anbieten, um jeden Preis zu arbeiten.

Aber geschieht ihnen schon recht! Die Arbeiter sind schuld an den schlechten Zeiten, da sie während des wirtschaftlichen Aufschwunges nicht sparten. Wer es nicht glaubt, dem sagt es Graf Lamezan. Hätte man es verstanden, die nöthigen Vorsichtsmaregeln zu treffen, so würde man nicht gezwungen sein, zu klagen, daß die damalige Ausbeutung Ursache sei, daß heute die Geschäfte so flau gehen. Daß die Sozialisten nicht der Ausbeutung, sondern der Ueberproduktion das Hereinbrechen der Krisis zuschreiben, kümmert den edlen Grafen nichts, ebenso wenig der Umstand, daß der Staat flugs bei der Hand war, als es galt, den bedrängten Millionären, die doch auch hätten „sparen“ können, ihre Millionen zu erhalten.

Die weiteren Begriffsverwirrungen „unseres Tessenlofs“, die er sich neuerdings bei der Schwurgerichtsverhandlung gegen das Buchdruckerorgan „Vorwärts“ am 19. d. M. zu Schulden kommen ließ, will ich unerwähnt lassen, an derlei sind wir schon gewöhnt. Werthvoll aber ist sein Geständnis bei dieser Gelegenheit, daß ein Fabrikant in Wäh den Lohn von 1 Gulden auf 60 Kreuzer per Stück herabgesetzt habe. Entgegen den Lügen-telegrammen der liberalen Blätter, die Arbeiter hätten eine Lohnherabsetzung verlangt, ist dies deutlich genug. Einige gestanden allerdings hätte eine Lohnreduzierung von 40 Kreuzern ein, aber man sollte auch glauben können, es sei dies ein Abzug vom Wochenlohn, und das wäre immer nicht so fürchterlich. Aber es ist eine Lohnherabsetzung von 40 Prozent! Und das von einem Lohn, der bisher kaum hinreichte, den Arbeiter vor dem schnellen Verhungern zu schützen.

Aber nicht allein das. Die Arbeiter verlangten in ihren Forderungen von dem Fabrikanten Geiseln nicht nur Herstellung des bisherigen Lohnes, sondern auch das Versprechen, sie fernerhin nicht mehr mißhandeln, und sie als Menschen betrachten zu wollen! Dies war also bis dahin nicht geschehen. Das Alles konnte wohl genug Grund zur Unzufriedenheit geben, aber Graf Lamezan meint, wenn ein Arbeiter sammt Familie mit 60 Kreuzern nicht leben kann, seien die sozialistischen Blätter daran schuld. Der durchschnittliche Wochenverdienst betrug in der Geiseln'schen Fabrik 4 Gulden! Die 40 Prozent Lohnreduzierung hätten also den Lohn auf 2 Gulden 40 Kreuzer verringert! Aber da sind es die Blätter sozialistischer Tendenz, welche also die Arbeiter verblenden und aufzureizen.

Das Graßlein ist übrigens wieder einmal 'reingefallen, der „Vorwärts“ wurde von den Geschworenen freigesprochen. Da mit den Geschworenen nichts anzufangen ist, sucht man die Sozialisten vor Berufsrichter zu bringen; zu diesem Behuf hat man gegen sämtliche in dem Wirthshause bei der Gelegenheit Anwesende (Schapira wurde dabei ausgewiesen) die Anklage wegen Vergehens der Geheimbandelei erhoben. Es ist zu lachlich! Die Berufsrichter müssen unsere Genossen ebenso freisprechen, wie den „Vorwärts“ die Geschworenen, weil zu einer Verurtheilung doch wenigstens der Schein des Rechts gehört. Die Wiener Geschworenen sind auch nicht sozialistisch, aber sie müssen den „Vorwärts“ freisprechen, wenn sie sich nicht blamiren wollen.

Die Grazer Geschworenen haben diese Gefahr zwar seiner Zeit nicht gesehen und Tauschinsky und Consorten schuldig gesprochen; aber die Grazer scheinen auch rare Leute zu sein. Nach einem Telegramm aus Graz vom 25. Mai wurde der Werksdirektor August Wittich in Schaudner's Spiritusfabrik, obgleich er geständig war, einen renitenten Arbeiter in heftiger Hornesauswallung mit einem Stück Holz todtgeschlagen zu haben, von den Geschworenen von der Todtschlags-Anklage einhellig freigesprochen.

Ein Proletarier, der nach Idealen strebt, wird mit mehrjähriger Kerkerhaft bestraft, der geständige Mörder eines Arbeiters bleibt straflos! Wie viel fehlt noch, daß auch unsere Raubritter, gleich jenen Römern, ihre Murden mit Sklavenfleisch fattern?

Gotha, den 28. Mai. Generalversammlung der Leipziger Genossenschafts-Buchdruckerei. Vertreten sind 47 Mitglieder. Es wird beschloffen, vom Reingewinn des Geschäftsjahres 1876 bis 1877 im Betrage von Mark 6114,57 zunächst laut Statut 10 pCt. dem Reservefond gut zu schreiben, weiter den Inhabern der Voll-Anteilscheine 6 pCt. Dividende zu gewähren, dann Mark 1939,00 verschiedenen Debitoren gutzuschreiben, weiter Mark 1500,00 dem Aufsichtsrath zur Verfügung zu stellen und den Rest dem Reservefond zu überweisen. Auf Antrag Frihsche's wird dem Vorstande Decharge ertheilt. Die Neuwahl des Vorstandes ergab folgendes Resultat: H. Ramm, Leipzig, 1. Vorsitzender, J. Kotteler, Stellvertreter, Chr. Hablich, Kassirer.

Stollberg. (Abrechnung des Reichstags-Wahlcomites.) Einnahme der Centralkasse des 19. Wahlkreises. Im Septbr. aus Einnahmestuck R. 3,00, Hamburg 50,00; im Octbr. ein Darlehn 12,00, Stollberg 5,00, Jahnsdorf (d. Thalheim) 2,00, Gener 1,50, Schneeburg 1,75; im Dezbr. d. Viebsnecht 49,70, do. 50,00, do. 200,00, aus Gener 0,55, Bielau 5,11, Russen 1,00; im Jan. 1877 d. Viebsnecht 20,00, aus Auerbach 5,00, Ursprung 3,00, Hamburg 50,00; im Febr. aus Schneeburg 24,00, Gener 1,25, Hamburg 44,00, do. 75,00. Sa. aller Einnahmen 603,86.

Ausgabe des Centralwahlcomites im Auszug. An Porto, Schreibmaterial, Depeschen zc. 58,62, Annoncen 8,01, des Lokalcomites Gener 8,80, do. Stollberg 99,50, do. Lohnig 30,60, do. Grünhain 23,60, do. Seifersdorf 10,00, für Prozeßkosten 71,08, Agitation 139,50, Schriftfuhrergehalt 70,55, zuruckgezahltes Darlehn 12,00, sonstige Verwaltungsausgaben 9,10. Sa. der Ausgaben 567,86.

Zusammenstellung. Einnahme R. 603,86 Ausgabe - 567,86

Kassenbestand R. 36,00 Vorstehende Rechnung für richtig befunden.

Das Central-Wahlcomite: C. Temmler, Vorsitzender. H. Rammund, 2. Vorsitzender. F. August Stopp, Kassirer.

Alle sämtliche Partei- und Genossenschaftsmitglieder im Wahlkreis Altenburg.

Das Ergebnis betreffs Herausgabe einer Zeitung für unseren Wahlkreis ist folgendes: Einer gewählten Presscommission, der später eine Controlcommission beigegeben ist, wurde nach vielen Verhandlungen über Druck der Zeitung von dem Buchdruckerbesitzer Herrn Blücher abschlagiger Bescheid. Von der Criminalrichter Genossenschaftsbuchdruckerei lief ebenfalls abschlagiger Bescheid ein. In unserer letzten Sitzung kam daher die Frage der Gründung einer Genossenschaftsbuchdruckerei auf's Tapet; allgemein wurde anerkannt, daß dies der einzige Ausweg sei. Ein Schriftführer, welcher der Sitzung beiwohnte, gab nähere Auskunft über die erforderlichen Mittel; sie werden sich genau berechnen auf 1500 Mark Anfangskapital belaufen, jedoch kann mit der Hälfte des Kapitals angefangen und bei Prosperität unserer Zeitung die andere Hälfte später abgezahlt werden.

Wir wollen Euch Genossenschaftsmitglieder nicht die Schwierigkeiten des Unternehmens verhehlen, die nöthigen geistigen und technischen Kräfte sind wohl vorhanden, es fehlt aber das Geld. Die von uns ausgegebenen Schuldscheine sind nicht zur Genossenschaftsbuchdruckerei bestimmt, dies Geld soll ein fester Fonds sein, der für andere Zwecke bestimmt ist. In diesem Fonds sind erst 150 M. eingegangen, eine winzige Summe bei über 6000 Genossenschaftsmitgliedern im Wahlkreis. Wir fordern die Genossen daher auf, für das projektirte Unternehmen besser als bisher zu agitiren. Verlaßt Versammlungen ein und sammelt bei jeder Gelegenheit Gelder für das Unternehmen. Ihr werdet einsehen, daß es unter solchen Umständen nicht möglich ist, die Zeitung am 1. Juli d. J. erscheinen zu lassen. Eines jeden Genossenschaftsmitglied Parole sei: „Vorwärts für unseren Wahlkreis zur Ehre der Partei.“ Schuldscheine sind zu haben bei Herrn Ritsche, Nikolaikirchhof, Altenburg. Alle Gelder für das Zeitungunternehmen sind an dieselbe Adresse zu senden.

Wir bitten die Genossenschaftsmitglieder, in den kommenden Versammlungen über diesen Gegenstand in Berathung zu treten und rege für die Sache zu wirken.

Die Zeitungs- und Control-Commission.
Die Redaktion des „Criminalrichter Bürger- und Bauernfreund“ wird um Abdruck des Obigen gebeten.

Briefkasten

Quittung. H. Hildesheim R. B. 0,20. R. Buge Langensalza Schr. 0,28. Sglr hier R. B. 12,20. J. Bt Mainz R. B. 19,25. Ad. 31,50. Schr. 1,00. R. We Altona R. B. 12,10. Arb.-Bild.-Verein Meran R. B. 12,65. H. H. Mainz R. B. 21,20. Expedition des „Vollst.“ Altona R. B. 500,00. H. H. Nordhausen R. B. 6,90. Ad. 9,00. Ch. Bst St. Louis R. B. 7,90. K. H. Dortmund R. B. 2,40. Schr. Haberg 0,80. R. W. R. J. H. R. B. 1,60. Fr. W. B. Berlin Schr. 0,75. S. G. W. hier R. B. 6,60. Ad. Elbing R. B. 2,80. W. H. L. Limbach R. B. 7,25. W. G. Halle R. B. 21,00. Schr. Jena Schr. 7,00. J. W. R. W. R. B. 30,00. Schr. 48,89 (in R. 63 irrige Quittir). R. P. R. R. H. R. B. 3,05. Ad. 2,30. Schr. 0,95.

Agitationsfonds.

„Civis germanus Pseudo-Bourgeois“ 5,00. Dr. P. P. 5,00.

Für die gemahregelten Krapp'schen Arbeiter.

Bon Dr. A. 10,00. Dr. E. 5,00. Fabr. P. 30,00. Dr. G. 2,00. Cand. G. 10,00. Statspiel 1,00 in R. Sa. 58,00.

Leipziger Wahlfonds.

Bon C. Leipzig 1,00. Dr. P. Rhein 10,00.

Anzeigen zc.

Montag, den 4. Juni, Abends 8 Uhr, im Thu- Leipzig, ringer Hof:

Deffentliche Schneiderversammlung.

Tagesordnung: 1. Der Nachtheil für unser Gewerbe durch die industrielle Zuthatsarbeit. Referent Hr. Rauert. 2. Neuwahl der Arbeitsnachweis-Commission. Die Wichtigkeit bedingt allezeitiges Erscheinen. [90

Der Einberufer.
Soeben erschien im Verlag der Buchhandlung des „Zeitgeist“ in München:

Juristisches Taschenlexikon!

von Dr. Lehn.

Unentbehrlicher Rathgeber in Prozeßsachen. Wichtig für Arbeiter, Kleingewerbetreibende, Kaufleute zc.

Das Werk ist zudem noch ein lehrreiches, überflüssiges Handbuch für Prüfungs-Candidaten. [3,00
7 Bg. 8. Preis 1 Mark. (36)

Wir empfehlen:

Grundzüge der Nationalökonomie

von
C. A. Schramm.

76 Seiten Octav, Einzelpreis 25 Pf., in Partien bezogen 20 Pf. v. r. Exp! Die Expedition des „Vorwärts“.

Durch und ist zu beziehen:

Que Faire?

Französischer Roman von Tchernyschewsky. 33 Bogen stark. Preis 4 Mark. Die Expedition des „Vorwärts“.

Durch die Buchhandlung des „Vorwärts“ ist zu beziehen:

„Das preussische Regiment“

vor Gericht.

Rede, gehalten von Ludwig Pfau zu seiner Verteidigung vor dem Stadtgericht zu Frankfurt a. M. Preis: 30 Pf.

Inhalt: Bormort. — Auszüge aus dem Münchener Kunstbericht. — Anklageschrift. — Gerichtsverhandlung. — Rede Ludwig Pfau's. — Urtheil.

Durch und ist zu beziehen:

Zur Grund- und Bodenfrage von Wilhelm Liebknecht.

2. vervollständigte Auflage.

Preis per Exemplar 0,75 Mark.

Die Expedition des „Vorwärts“.

Verantwortlicher Redacteur: R. Seiffert in Leipzig. Redaktion und Expedition Haberstraße 12/11 in Leipzig. Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

*) Vergleiche die Correspondenz: „Aus Rumänien“ in voriger Nummer, in welcher das Gegenstand behauptet wird. Bemerken wollen wir, daß die Angaben des Verfassers der heutigen Correspondenz (und auch der in Nr. 58) insofern bestätigt werden, als von den mehreren Donaulandern große Ueberfluthungen infolge harter Regengae signalisirt werden. R. d. K.